



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW-Präsident: Bezahlbaren Wohnungsbau nicht durch Veränderungen in der Förderpolitik gefährden

Berlin, 04.11.2021. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen kritisiert die von der geschäftsführenden Bundesregierung geplanten Veränderungen in der Neubauförderung. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) soll die KfW-Förderung für das Effizienzhaus/-gebäude 55 der Bundesförderung für effiziente Gebäude zum 1. Februar 2022 auslaufen. „Dieser Schritt gefährdet die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit einem hohen energetischen Standard“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin.

„Die Klimaschutzpolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass sich möglichst viele Menschen eine Wohnung mit einem zeitgemäßen energetischen Standard leisten können. Ohne Förderung sind aber genau solche Projekte wirtschaftlich nicht mehr darstellbar“, ergänzte der BFW-Präsident. „Bezahlbarer Wohnraum, der den Klimaschutz im Gebäudesektor voranbringt, wird damit unrealistisch. Deshalb ist es wichtig, die Förderung auf einem hohen Niveau zu verstetigen“, so Ibel.

Der BFW-Präsident fügte hinzu: „Erfolgreicher Klimaschutz im Gebäudesektor ist nur möglich, wenn Neubau und Bestand gleichermaßen zur Erreichung der Ziele beitragen. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn Neubau ist der Bestand von morgen. Die Förderung von Neubauprojekten muss daher bereits jetzt auch auf die ambitionierten Klimaschutzziele der Zukunft ausgerichtet sein. Mit der nun verkündeten Änderung der Förderpolitik stellt das BMWi die Haushaltslage über den Klimaschutz“, so Ibel abschließend.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.